

Ausschuss für Haushalt und Finanzen

(80. - öffentliche - Sitzung am 15. Januar 2020)

Beratungsthemen:

1. **Entwurf eines Zustimmungsgesetzes zum Staatsvertrag über datenschutzrechtliche Anpassungen am „Dataport-Staatsvertrag“ zwischen dem Land Schleswig-Holstein, der Freien und Hansestadt Hamburg, dem Land Mecklenburg-Vorpommern, der Freien Hansestadt Bremen, dem Land Niedersachsen und dem Land Sachsen-Anhalt**
Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 18/5444](#)

Der - federführende - Ausschuss führte die Beratung durch. Vorbehaltlich der Zustimmung des mitberatenden Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen empfahl er dem Landtag, den Gesetzentwurf unverändert anzunehmen.

Zustimmung: SPD, CDU, GRÜNE, FDP, AfD

Ablehnung: -

Enthaltung: -

Berichterstattung (schriftlicher Bericht): Abg. Christian Fühner (CDU).

2. **Vorlagen**

Vorlage 193 (MF) Neustrukturierung der Finanzämter; hier: Unterrichtung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen (AfHuF) über die Fusionszeitpunkte (5., 6., 7. und 8. Finanzamtsfusion)

Der Ausschuss nahm die Vorlage zur Kenntnis.

3. a) **Steuerungeheuer bezwingen - Grundsteuer B abschaffen!**
Antrag der Fraktion der AfD - [Drs. 18/3644](#)
- b) **Reform der Grundsteuer mit Öffnungsklausel für die Länder versehen!**
Antrag der Fraktion der FDP - [Drs. 18/3647](#)
- c) **Grundsteuer erhalten - Gerechtigkeit wahren - Kommunen unterstützen**
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 18/3845](#)

Der Ausschuss ließ sich durch die Landesregierung über den aktuellen Sachstand unterrichten und setzte die Beratung fort.

4. **Mobbing an Schulen bekämpfen - Anregungen zu gesamtgesellschaftlichem Handeln**

Antrag der Fraktion der FDP - [Drs. 18/1522](#)

Der Ausschuss führte die Mitberatung durch. Er schloss sich der Beschlussempfehlung des - federführenden - Kultusausschusses an, den Antrag in der Fassung der Vorlage 1 anzunehmen.

Zustimmung: SPD, CDU, GRÜNE, FDP

Ablehnung: -

Enthaltung: AfD

5. **Aktenvorlagebegehren nach Artikel 24 Abs. 2 Niedersächsische Verfassung; Einsicht in die Unterlagen zu Kapitalerhöhungen und Stillen Gesellschaften der NORD/LB sowie zu Schiffskrediten - Aktenvorlagebegehren der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**

Der Ausschuss beschloss einstimmig, die mit Schreiben des Finanzministeriums vom 17. Dezember 2019 vorgelegten und in Teilen als vertraulich zu behandelnden Unterlagen (4. Tranche) gemäß § 95 a GO LT für vertraulich zu erklären.

6. **Besprechung von Verfahrensfragen im Hinblick auf die geplante Erörterung des Themas „Förderrichtlinien des Landes“**

Der Ausschuss verständigte sich auf Vorschlag der Koalitionsfraktionen darauf, sich zeitnah zunächst durch die NBank über dieses Thema unterrichten zu lassen.

Außerhalb der Tagesordnung:

Auf Bitte der SPD-Fraktion kam der Ausschuss überein, auf die für den 5. Februar 2020 vorgesehene Sitzung zu verzichten.